

Klausurtagung der CSU

Die CSU-Fraktion und der neu gewählte Ortsvorstand trafen sich zur diesjährigen Klausurtagung im Rothaurach.

Zentrales Thema war das Baugebiet „Am Reichswald“.

Die CSU ist aus guten Gründen unverändert der Meinung, mit der Bebauung des ehemaligen Fella-Geländes den richtigen Weg gegangen zu sein. Bezahlbares Wohnen für junge Familien und neue Mitbürgerinnen und Mitbürger für Feucht sind unverändert sinnvolle Ziele kommunalen Handelns. Dass das neue Baugebiet gut angenommen wird, belegen die Verkaufszahlen eindrucksvoll: Von derzeit 286 zum Verkauf angebotenen Häusern sind bereits 185 verkauft, doppelt so viele, wie seitens „Parkside“ ursprünglich erwartet worden war.

Die massive äußere Riegelbebauung war zwingend vorgeschrieben, um angesichts der umliegenden Gewerbebetriebe, des TSV, des Tierheims und vor allem wegen dem Verkehrslärm der Bahnstrecke nach Regensburg eine Wohnbebauung im Inneren des Geländes überhaupt möglich zu machen. Wer sich die Mühe macht, die fertigen und bezogenen Häuser im Pinderpark in Zirndorf oder in der „Sunyside“ in Heroldsberg zu besichtigen, wird schnell feststellen, dass die in Feucht momentan als Rohbauten stehenden Häuserzeilen der Randbebauung im Osten und Westen nach Fertigstellung durchaus abwechslungsreicher und ansehnlicher wirken. Und im Inneren entsteht eine anderen Wohngebieten in Feucht vergleichbare Reihenhaussiedlung.

Die als Gewerberiegel ausgebildete, bis zu 17 Meter hohe Lärmschutzbebauung nach Süden zur Nürnberger Straße hin wurde leider notwendig, nachdem ein Bürgerbegehren den ursprünglich geplanten Supermarkt an dieser Stelle verhinderte. Der Marktgemeinderat war dem Willen der Bürgerinnen und Bürger nachgekommen und hat den Bebauungsplan entsprechend den gesetzlichen Vorgaben, die das Bundesimmissionsschutzgesetz vorschreibt, geändert. Dass gerade diese Front im jetzigen Rohbauzustand besonders negativ auffällt ist offensichtlich, aber auch hier werden sicher Farbe, Fenstereinbauten und Begrünung noch vieles optisch verbessern.



Die CSU jedenfalls begrüßt alle Neubürgerinnen und Neubürger auf das Herzlichste und freut sich, dass sie sich für Feucht als ihren neuen Heimatort entschieden haben. Um so beschämender finden wir es, wie von manchen Seiten das Baugebiet und seine Bewohner im Vorfeld miesgemacht wird.

„Alcatras“ oder „eindeutig Ghetto“ – so lauten herabwürdigende Feststellungen von jenen, die sich wahrscheinlich noch nie Gedanken gemacht haben, was Ghetto eigentlich bedeutet und welche düstere Zeiten europäischer Geschichte damit verbunden sind. Da passt es dann dazu, dass seitens der Feuchter SPD das Baugebiet als „Gefangenenlager“ diffamiert wurde. Und dann gibt es noch den „Vorwurf“, es hätten dort hauptsächlich russische Mitbürger gekauft – oft genug von jenen, die sich selbst sonst betont „Multi-Kulti“ geben. Ganz abgesehen davon, dass wir viele der Käufer kennen und diese ohne russische Wurzeln sind – wären Russlandstämmige in Deutschland Aufgewachsene schlechtere Menschen, die man keineswegs als Neubürger haben möchte? Mitte dieses Jahres werden die ersten Neubürger dort einziehen, und man war sich einig, auf die Neubürger zuzugehen und diese im Markt Feucht herzlich willkommen zu heißen.

Die zeitnahe Sanierung des örtlichen Kanalnetzes war ein weiterer Diskussionspunkt. Im Gegensatz zu Gerd Steuer ist die CSU der Meinung, dass die hierfür vorgesehenen Finanzmittel nicht auf mehrere Jahre gestreckt werden sollen, sondern die Sanierung aus Umweltgründen im vorgesehenen Zeitrahmen erfolgen soll.

Auch die Erneuerung der Straßenbeleuchtung durch Energiesparlampen ist umweltpolitisch absolut sinnvoll und sollte schnellstmöglich abgeschlossen werden.

Die CSU-Fraktion freut sich, dass die für heuer geplanten Investitionen – vor allem in die Bereiche Kinderbetreuung und Bildung – nun endlich getätigt werden können, nachdem der Haushalt des Marktes Feucht im zweiten Anlauf mehrheitlich die Zustimmung des Marktgemeinderates fand.

Weiterhin wurden die Planungen für die kommenden Landtags- und Bundestagswahlen sowie für die Kommunalwahl im März 2014 diskutiert.